

27.03. 2017

Energiegesetz - Milliarden- Beschiss am Mittelstand

Von PPS

(Bern)(PPS) **Haben Sie sich auch schon gefragt, warum Bundesrätin Doris Leuthard und die Befürworter der Energiestrategie partout nicht über die Milliardenkosten der Energiestrategie reden wollen? Mit der heute beginnenden Plakatkampagne decken wir den wahren Milliarden-Beschiss auf. Die Kosten trägt der Mittelstand. Und als Gegenleistung verliert er sogar noch an Lebensqualität. So geht es nicht. Jetzt muss die ganze Wahrheit auf den Tisch!**

Das Energiegesetz, über das wir am 21. Mai 2017 abstimmen, führt zu einem Totalumbau der Energieversorgung der Schweiz. Art. 3 des Gesetzes verlangt, dass der durchschnittliche Energieverbrauch pro Person/Jahr bis zum Jahr 2035 um 43 Prozent zu reduzieren ist (gegenüber dem Stand im Jahr 2000). Und Energie ist längst nicht nur Strom. Es geht dabei vor allem auch um Heizöl, Benzin, Diesel, Holz und Gas. Es ist deshalb völlig logisch, dass solche Ziele – falls überhaupt – nicht ohne schmerzhaftes Einschnitte zu erreichen sind. Vorgesehen sind staatliche Umerziehung und Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger, Lenkungsmassnahmen, Verbote und Vorschriften und natürlich ein gewaltiger Griff ins Portemonnaie des Mittelstandes, während die Grossverbraucher gezielt entlastet werden.

Milliarden Kosten über die der Bundesrat und die JA-Sager schweigen

Mindestens 200 Milliarden Franken wird die Energiestrategie 2050 kosten, also jährlich rund 800 Franken pro Einwohner oder 3'200 Franken/Jahr für einen vierköpfigen Haushalt. Und das Geld bleibt nicht hier, wie die Befürworter der Energiestrategie glauben machen wollen. Bereits heute kommen Solar-Panels aus

China. Die Windräder stammen aus Deutschland. Photovoltaik-Anlagen kauft man bei Ikea. In der Schweiz bleibt letztlich nur ein bescheidener Teil der zusätzlichen Subventionsmilliarden.

Alleine der Zubau nötiger Anlagen für die Stromproduktion erneuerbarer Energien (Solar, Wind) allfälliger Gaskombikraftwerke, der Ausbau und die Verstärkung des Stromnetzes sowie der Erhalt und die Erneuerung bestehender Anlagen kosten 118-150 Milliarden Franken. Hinzu kommen die Neuinstallation und der Ersatz bestehender Ölheizungen (Verbot von Ölheizungen ab 2029), die Sanierung von Gebäudehüllen, der Ersatz bestehender Benzin- und Dieselfahrzeuge in der Höhe von weiteren 80-100 Milliarden Franken. Und letztlich ist auch der Ersatz oder die Anpassung bestehender Anlagen und Geräte, zusätzliche Mittel für Forschung und Entwicklung und steuerliche Anreize für Gebäudesanierungen nicht gratis zu haben. Hier kommen noch einmal 10 Milliarden Franken dazu. Gesamtkosten von über 200 Milliarden Franken für die Energiestrategie wurden auch vom Bundesrat bestätigt.

Weniger Lebensqualität wegen staatlicher Bevormundung

Ohne massive Eingriffe in die persönliche Freiheit werden die Energieziele zudem nicht zu erreichen sein. Was heute noch unglaublich anmutet, könnte bald schon Realität sein. Waschen und Staubsaugen nur noch zu Randstunden, Heizverbote, Verbote von Ventilatoren, Warmduschverbote, Geschwindigkeitsreduktionen oder Autofahren nur noch jeden zweiten Tag sind absehbar. Doch auch Fleischverbote, Bananen- und Ananasverbote, Verbote von Wärmelampen, Aquarienpumpen, von Filteranlagen bei Schwimmbecken bis hin zum Verbot der Weihnachtsbeleuchtung können Folgen dieser Politik sein.

- Der Mittelstand bezahlt für wenige Subventionsempfänger und Profiteure
- Eine massive Reduktion des Lebensstandards für eine unsichere Energie-Utopie
- Staatliche Bevormundung und Umerziehung

Pressekontakt:

Überparteiliches Referendumskomitee gegen das Energiegesetz

Postfach

3001 Bern

Tel. 031 300 58 58

E-Mail: [info @ energiegesetz-nein.ch](mailto:info@energiegesetz-nein.ch)

Kategorie

Source URL: <https://www.presseportal-schweiz.ch/pressemeldungen/energiegesetz-milliarden-beschluss-am-mittelstand>